

# Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

## Berbands Organ.

Bezugspreis für Nichtmitglieder 40 Pf. pro Monat, 120 Pf. pro Quartal fief ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pf., pro Quartal 2 Mark 10 Pf. Einzelne Nummern kosten 10 Pf.

Anzeigen lassen die fünfseitige Vorgangsseite über berein Raum 20 Pf. bei 6 maliger Aufnahme 25 Prozent Mafatt.  
12 " " 28 " " " "  
80 " " 50 " "

Berantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: J. Brägenberg, Bochum.

## Unsere Parole heißt: Alle Kameraden herein in den Verband!

### An unsere Leser!

Unseren verehrlichen Postabonnenten geben wir bekannt, daß vom 1. Juli 1897 an unser Blatt im Postabonnement pro Quartal 4,50 Mark kostet. Diese Verhöhung mußte eintreten wegen bedeutender Vermehrung des Platthaltes vom genannten Zeitpunkt an, so daß die Gesetze für ihre Mehrbelastung auch eine entsprechende Gegenleistung erhalten.

Bestellungen auf die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ nehmen entgegen alle Postanstalten und der unterzeichnete Verlag.

### Der Verlag der

„Deutschen Berg- u. Hüttenarbeiter-Ztg.“  
Bochum, Johannerstraße 22.

### An die Kameraden!

Wir teilen unseren Kameraden, insbesondere den Vertrauensleuten und Zeitungsbüroen schon jetzt mit, daß im Laufe des Monats Juni, spätestens Anfang Juli, in unserem Verlag das

### Protokoll des Helmstedter und des Londen Bergmannstages

erscheint. Der Preis wird sich auf höchstens 30 Pf. belaufen. Die Abnehmer von mindestens 10 Exemplaren erhalten hohen Rabatt. Damit wir nun die ziemlich genaue Höhe der Auslage feststellen können, ersuchen wir die Kameraden, schon jetzt uns zu melden, wie viel Exemplare sie benötigen. Die Broschüre wird ausführlich über die Verhandlungen des Helmstedter und des Londen Bergmannstages berichten und ist so ein wertvolles Nachschlagewerk für jedermann, der die Bergarbeiterbewegung studiren will. Und das muß jeder Bergmann.

Der noch vorläufige kleine Rest der Aachen Protokolle wird den ersten Bestellern gratis mitgeliefert, soweit der Vorrath reicht. Wer von den Kameraden keine vorherige Bestellung macht, kann nicht bestimmt darauf rechnen, später die Protokolle zu bekommen, da wir dieselben nur in der ungefähr bestellten Anzahl herstellen lassen.

Wir sehen also baldigen Bestellungen entgegen.

Der Verlag der  
„Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“.

### Die gegenwärtige öberschlesische Bergarbeiterbewegung.

W Königshütte, 22. Mai 1897.

Wie vorauszusehen war, ist im oberschlesischen Kohlenbezirk in diesem Frühjahr eine bedeutende Streikbewegung aufgetreten. Sie begann bereits Ende März mit dem Ausstand auf der Wolfganggrube bei Zabrze. Im Centrum des Industriebezirks war dieser Ausstand der erste, aber auch einzige. Alle übrigen Streikversuche sind an der Peripherie des Industriebezirks ausgebrochen, und zwar sind hier zwei Streikherde zu konstatieren: die Umgegend von Myslowitz im Rottowitzer und die von Czernitz im Katzbacher Bergrevier. Wenn wir von Streikherden sprachen, so wollen wir nicht damit sagen, daß es in den genannten Gegenden vorgefallenen Ausstände mit einander im engen Zusammenhange ständen. Mitte April brach auf der »Zabrze« bei Zabrze ein Streik aus. Bis hierher ging es verhältnismäßig langsam mit der Streikbewegung. Dem Anschein nach war das den ganzen April und die letzte Hälfte des Mai hindurch anhaltende schlechte Wetter der Grund dazu. Von Mitte Mai ab ging es bedeutend schneller mit den Ausständen, ja es schien, als ob ein wahres Streifieber die Bergleute ergriffen hätte. Auf der Neuprzemaggrube bei Brzezinka bei Myslowitz begann die neue Bewegung; sie ergreift nach wenigen Tagen die dieser unmittelbar benachbarte Wandagrube. Wieder nach wenigen Tagen kam aus Roszyn-Schoppewitz bei Myslowitz die Nachricht von einem Ausstand auf der Georggrube, unmittelbar darauf die von einem allgemeinen Ausstand auf der Erblichgrube bei Czernitz. Darnach sind es sieben Gruben, die an der Streikbewegung Oberschlesiens in diesem Frühjahr beteiligt geweßt sind, resp. noch sind. Genaue Angaben über die Zahlen der Bergarbeiterverhaftungen und der Ausständen waren uns nur teilweise zugänglich, die Nachrichten der bürgerlichen Zeitungen erwiesen sich vielfach als falsch oder gar gefälscht.

Es ist sehr zu befürchten, daß die Streikbewegung weiter um sich greift. Der Blüdenschloß, der an den genannten Orten zur Explosion gekommen ist, lagert auf den meisten Gruben Oberschlesiens, besonders auf den am Rande des Industriebezirks liegenden, wo die Löhne niedrig, zum Theil sehr bedeutend niedriger sind, als im Centrum. Dazu kommt, daß zwar die Bergarbeiter im Innern des Industriegebietes bereits etwas von Gewerkschaftsbewegung und den Bedingungen wissen, unter

denen Streiks auf Erfolg rechnen können, nicht aber die in den südl. und östlichen Grubengegenden. Daß aber auch diese etwas von der Arbeiterbewegung gelernt haben, zeigt die immerhin erfreuliche Thatsache, daß sie nicht tumultarisch auftreten, sondern auf dem Wege ruhiger fast diplomatischer Unterhandlungen ihre Forderungen durchzusetzen bemüht sind.

Die früheren Veranlassungen zu den Ausständen waren im allgemeinen zu niedrige Löhne resp. Gedinge, Nichtanrechnen angeblich unvorschriftsmäßig gefüllter Wagen, keine Entschädigung für gewisse gefährliche Nebenarbeiten, zu hohe unteroffizielle mögliche Behandlung durch die Unterbeamten. Auf die inneren Gründe kommen wir weiter unten zu sprechen.

Ehe wir einige Worte über die einzelnen Umstände sagen, fügen wir hinzu, daß die Streikbewegung auch bereits die benachbarten galizischen Gruben ergreift hat. Auf einigen der zahlreichen Gruben in der Umgegend von Unwiczno unweit der Grenze, wenige Stunden von Myslowitz entfernt, wird gestreikt. In Unwiczno war es auch, wo die Bergarbeiter den 1. Mai durch feierlichen Umzug mit rothen Fahnen feierten und durch vier Schwadronen Kavallerie auseinander gesprengt wurden.

Daß auf der Wolfganggrube bei Zabrze Anlaß zum Streik vorlag, geben selbst bürgerliche Blätter zu. Die Gegend der Wolfganggrube liegt zwar ziemlich im inneren Industriebezirk, stellt aber doch eine gegen den Charakter des übrigen Industriezentrums rückständige Insel dar. Der Ausstand, an dem sich (die Nachrichten widersprechen sich) höchstens 200 Arbeiter beteiligt zu haben scheinen, dauerte nicht ganz eine Woche; die Ausständigen erhielten eine kleine Lohnzulage.

Auf der Jakobgrube streikten nur eine Anzahl Schlepper zwei oder drei Tage. Sie setzten ebenfalls eine kleine Lohnzulage durch.

Bedeutender nach Umfang und Dauer war der Ausstand auf der Beigrube (Eigentümer: Kohlengewerkschaft Charlotte zu Czernitz). Er dauerte anderthalb Wochen und umfaßte einige Tage lang über 400 Mann, Schlepper und Häuer. Auch hier traten bürgerliche Blätter, vor allem kleinkale, für die Streikenden ein. Insbesondere die »Oberschlesische Volkszeitung« hat das licherliche Geschreibsel eines Berggraths Kolbe widerlegt, der von hohen Löhnen zu sprechen sich erklärte, aber von den um 60 Pf. gestiegenen Löhnen schwieg. Auch die »Königsz. Stattboter« vertritt die Meinung, daß dieses Blatt nicht zu würdigen, der in seinem großen und nobel eingekleideten Kabinett auch den Arbeitern ein Glücksbringer eingeschrieben hat. Freilich dürfen wir bei der Stellungnahme dieses Blattes nicht vergessen, daß das Zentrum bei der nächsten Reichstagswahl die Stimmen der Arbeiter braucht, um seine Anhänger in den Reichstag zu senden. Die Grubenleitung hat die Forderungen der Arbeiter zum Theil erfüllt.

Bei den folgenden Ausständen in der Myslowitzer Gegend (New-Przemysl, Wanda- und Georggrube, Eigentümer: Katowitzer Altengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb Klausnitzer Erben in Tarnowitz, Herzog von Westfalen) waren es überall die Schlepper, die den Streik begannen; nur zum Theil vermochten sie eine Einzahl Häuer zu bewegen, sie zu unterstützen. Auf der New-Przemyslgrube schlossen sich die über Tage arbeitenden 70 (!) Mädchen dem Ausstande von vorher herein an. Diese Grube hat eine Belegschaft von ungefähr 600 Mann, ein gutes Drittel betrug die höchste Zahl der Streikenden. Die Wanda-Grube hat nur ca. 120 Arbeiter, am Ausstand beteiligt waren etwa die Hälfte. Zur Zeit haben auf beiden Gruben eine erhebliche Anzahl Ausständiger die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Die »Zulage«, die man hier geben will, beträgt 1 Pf. pro Wagen, d. h. auf die Tagesleistung durchschnittlich 18 Pf. Um einen besonderen, ganz normalen Fall herauszuziehen, betrug der Monatsverdienst eines 24jährigen Schleppers im April 33 M.; er muß täglich von Kartoffeln und Bier, wie die »Schweine« leben (Bier ist eine aus gährendem Sauerteig und Mehl bereitete Suppe). Häuer in Brzezinka verdienten 2,00, 2,50 bis 3,00 M. pro Schicht; Leute mit 3 M. pro Schicht sind jedoch in der ganzen Belegschaft einer Grube nur 2 über 3.

Der Ausstand auf der Georggrube, an dem nur Schlepper beteiligt waren, war von sehr kurzer Dauer; schon am Tage nach dem Ausbruche war er beendet. »Wegen ungeüblicher Auftretens« sollen die Arbeiter keine Zulage erhalten haben.

Noch sind die Brzezinkaer Streiks nicht beendet, da kommt plötzlich die Nachricht von dem allgemeinen Streik auf dem Erblichgrube bei Czernitz (Eigentümerin: Charlotte-Gewerkschaft zu Czernitz), von der schon einmal eine Streiknachricht kam, die sich indessen nicht zu bewahrheiten schien. Die Belegschaft des genannten Schachtes soll ca. 500 Mann betragen. Schätere Nachrichten fehlen zur Zeit noch.

Nun einige Worte über die inneren Ursachen der Bewegung. Es bedarf keiner Bahnen, um noch einmal zu beweisen, daß die Lage der öberschlesischen Bergarbeiter eine schlechte ist; sie ist während des letzten Kongresses vielfach besprochen worden.

Während der Ausstellung der Bergarbeiter sind die Wirklichkeit gegenüber noch viel zu günstig ist. Kurz: Die bisherigen Löhne der öberschlesischen Bergarbeiter sind schlecht und ermöglichen den Arbeitern nicht ein halbwerts menschliches Dasein.

Die durch diese Zustände gezeichnete Unzufriedenheit der Arbeiter ist dazu noch erheblich erhöht worden durch die Volksausbeutung der schlesischen Junker und Agrarier, die, unterstützt von den sonstigen deutschen »Reichsleibenden«, durch die Einführung der Schwellenförderung für Schweine eine bedeutende Fleischverhinderung herbeigeführt haben. Die Thatache, daß fünf der sieben Streiks

an der russischen Grenze ausgebrochen sind, wo die Verhinderung am empfindlichsten auffällt, ist der beste Beweis für unsere Bewilligung. Die schlesischen Agrarmagnaten, von denen beispielhaft die zwei auf Nacho und auf Neudeck bei Tarnowitz residierenden Grafen Hendel von Donnersmarck allein ungefähr die Hälfte des gesamten Bodens des Industriebezirks besitzen, sind daher in eicher Weise für den Ausbruch der Ausstände verantwortlich zu machen.

In zweiter Reihe ist die Verhinderung der Gewerkschaftsorganisation durch die Behörden schuld an den Streiks. Was alles in Oberschlesien geschieht, um die Gewerkschaftsbewegung nicht in Flor kommen zu lassen, seien wir als bekannt voraus. Es ist unbeschreiblich, welche Mühe — und am Ende doch verlorene Mühe — sich die Polizei gibt, die ausfeindlichen Syrbsen der Gewerkschaftler auszuschneiden. Gibt es in Oberschlesien starke Organisationen, so wäre es höchstwahrscheinlich nicht zum Streik gekommen, jedenfalls aber nicht zu den plötzlichen planlosen Versuchen, die nur deshalb nicht ganz ohne Vortheile für die Arbeiter ausgefallen sind, weil die Geschäftslage so gut ist, daß sich die Grubenleitungen nicht gern das Geschäft stören lassen wollen und daher einen Preisnig zugulegen bereit sind.

Die Haltung der bürgerlichen Presse ist — mit Ausnahme der kleinkalen Blätter — elend. Ihre Berichterstattung ist meist nicht allein falsch, sondern geradezu gefälscht. Sie unterstützt fast ausnahmslos die Unternehmertum. Ihre fast regelmäßig falschen Nachrichten und deren Beendigung der Ausstände und deren Erfolgslosigkeit haben den Zweck, die Streiklust an anderen Orten niederzuhalten. Dieser Zweck ist an sich nicht schlecht, aber jene Mittel sind verwerthlich. Die Warnungen vor weiteren Ausständen werden leider wenig helfen; eine weitere Ausbreitung des Streiks ist sehr zu befürchten.

Um wirklich vollzogen werden gegen neue Ausstände sein: Lebensmittelverbilligung, also Fackelstellen aller Zollschranken, Lohnzulage und freier Gebrauch des gewährleisteten, aber von der herrschenden Gewalt unterdrückten Koalitionsrechtes der Arbeiter.

### Die Zukunft der amerikanischen Kohlengräber.

New-York, im Mai 1897.

Das Elend unter unseren Kohlengräbern, welches seit Jahren das Stadium der chronischen Hungersnot erreicht hat, ist momentan auf eine mehr als gewöhnlich schreckliche Höhe gestiegen. In einem Notthirsel, den kürzlich der Vorstand der »United Mine Workers« erließ, heißt es: »Es gibt Kinder, die mit den Hunden um den Abfall kämpfen, um sich vor dem Hungertode zu retten, und es gibt Familien, die nicht einmal Abfälle als Lebensmittel haben.«

Die Arbeitslosigkeit unter den Kohlengräbern war nie so groß, die Löhne aber, die noch Arbeit haben, nie so niedrig, als momentan. Die Zustände sind schlimmer, als nach dem Ausbruch der Krise.

Aber die Lage der Kohlenindustrie ist keineswegs dadurch zu erklären, daß die Krise hier noch in ihrer akutesten Form andauert. Diese Erklärung böte einen Trost; sie würde die Hoffnung erwecken, daß früher oder später eine Besserung eintreten müßt.

Die Thatachen schließen diesen Trost aus. Obwohl viele Tausende von Kohlengräbern seit Monaten ganz arbeitslos sind und andere Tausende nur einen oder zwei Tage in der Woche arbeiten, werden jetzt mehr Kohlen produziert, als im Jahre 1892, dem Jahre, das heute als der höchstmögliche Gipfel der Prosperität gilt. Neue Maschinen, intensivere Ausbeutung und die Gründung ergiebiger Kohlenlager haben es möglich gemacht, daß mit geringerer Arbeitskraft ein größeres Quantum zu Tage gefördert wird.

Von einem Kohlenbezirk in West-Virginia wird berichtet, daß dagegen die Kohlengräber nur einen Tag in der Woche arbeiten, werden jetzt mehr Kohlen produziert, als im Jahre 1892, dem Jahre, das heute als der höchstmögliche Gipfel der Prosperität gilt. Neue Maschinen, intensivere Ausbeutung und die Gründung ergiebiger Kohlenlager haben es möglich gemacht, daß mit geringerer Arbeitskraft ein größeres Quantum zu Tage gefördert wird.

Die Zukunft der Kohlenindustrie läßt sich nach Senator Ellins in die Worte zusammenfassen: Niedrigere Löhne. Obwohl Ellins mit Hilfe der Stimmen der Bergarbeiter gewählt wurde, zögert er nicht, zu erklären, daß er eine weitere Herausdrückung der Löhne nicht als ein Unglück, sondern als eine unausweichliche Notwendigkeit, ja als die einzige Bedingung eines Wiederaufbaus der Kohlenindustrie betrachtet. Er darf darüber eine längere Unterredung veröffentlichen, indem er die Frage stellt, warum denn bei der vorhandenen Überproduktion so wenig Kohlen exportiert würden. Und diese Frage beantwortet er wie folgt:

»Wir exportieren keine Kohlen nach Europa, weil wir die Löhne gegen uns, und darin steckt der Kern der Frage des Kohlenbergbaus.«

Frage: »Sie glauben, daß die Löhne niedriger werden müssen.«

Antwort: »Unweigerlich. Wie alles andere im Preise gekauft ist. Die in Amerika geltenden Löhne stehen jedem Geschäftsaufschwung im Wege.«

Um zu ermessen, auf welches Niveau die Löhne der Kohlengräber hinaufgedrückt werden müssen, um den amerikanischen Kohlen den Weltmarkt zu erobern, muß nun einen Blick auf



erung — den Unternehmern wie ihren Verwandten  
eichten Grab verboten, in der Nähe der Bergbaubetriebe  
wirtschaften zu betreiben. Schließlich wird der Lohn bis auf  
Fünftel derselben als ungeldbar und nicht queestribar erklärt.

Über ein **Wasserungslück nordamerikanischer Bergleute**  
sieht die „New-Yorker Volkszeitung“: „Eine Develche von  
Kreise, Ala., meldet ein grausiges Unglück, das sich in den  
gruben zu Pinkney, ereignet. Die neue Fördermaschine, die  
Fuß hoch ist, brach plötzlich zusammen und zehn Bergarbeiter  
wurden auf der Stelle gefüllt, während ver-  
dene andere schwer verletzt wurden. Einem jungen Mann  
ging es, zwanzig Fuß weit auf einen Baum zu springen und  
kletterte über einige leichte Schüttungen. Ein anderer sprang  
den Boden, überkollerte sich einige Mal, verrennte sich aber  
den Knöchel. Die Ursache des Zusammenbruchs ist nicht  
ant. Die Maschine war ganz neu und vor weniger als  
ein Monat für eine Belastung von 20 Tons Erz geprüft.  
Das Unglück sich ereignete, war die Belastung nur gering.  
Auf dem Congress der westlich-nordamerikanischen Berg-  
wer am 10. Mai tagte, machte der Präsident Vorhce  
Vorrichtung, die Bergleute sollen Genossenschaften gründen,  
selbst die Bergwerke ausbauen und so den Unternehmern  
Konkurrenz machen. Es zeugt von dem wirtschaftspolitischen  
Standpunkt der amerikanischen Arbeiter, dass solche Maßnahmen  
noch gemacht werden. In Amerika ist der Kapitalismus  
in der gewaltigsten Weise entwickelt und besonders in  
den vergnügt lachen, wenn sich eine Bergwerkgenosellschaft  
kündet auf Arbeiterschlachten auszutut, die mit den Vandalen  
neige und Konkurrenz den wirtschaftlichen Wettkampf auf-  
setzen will.

## Dieser hängen!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (No. 144 vom 25.  
Morgenauflage) bringt an leitender Stelle ihr von „einer leit-  
enden Persönlichkeit der Industrie“ eingefandten Artikel für das  
Verleihungsgebot, in dem sich die ungeheuerlichsten Beschimpfungen  
Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes mit der geradezu  
hasten Dynamik des Verfassers um die Palme streiten. Der  
sozialdemokratische Bergarbeiter-Verband“ hat nach  
der „Westf. Zeitung“ in den Jahren 1889 (1) bis 1893 folgende  
Ausschreitungen auf dem Gewissen: 1. Hat er das Volk erbittert; 2. Ist  
erantwortlich für das Volksleid (1); 3. hat er verschuldet, dass  
die Bergleute von Polizei und Militär niedergeschossen  
seien; 4. sind auf seine Anregungen hin Dynamitattentate ver-  
ordnet (1); 5. wurde seinerzeit ein Schnellzug nur durch ein  
vor gänzlichen Untergang bewahrt; und so sind noch mehr  
Fälle dem „alten sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verband“ zu-  
schreiben.

Dieser hängen wollen wir diese Gemeinheiten des Kohlen-  
z. Die „leitende Persönlichkeit“ in der Industrie scheint zu merken,  
in der Bergarbeiterbewegung, als dass wir seine Schmierereien  
nehmen sollten. Aber die Leute an der „Rh.-Westf. Ztg.“ müssten  
dass das Niederschreien der Bergleute — wofür nun  
immer die Arbeiter selbst verantwortlich gemacht werden sollen —  
gen ist, als der alte Verband noch gar nicht existierte!  
Nach der großen Bewegung von 1889 wurde unser Verband ge-  
gründet. Es gehört die ganze Freiheit eines Kohlenblattes dazu,  
mitglieder und den Vorstand des alten Verbandes zu Kurem  
Dynamitattentate und Veranlasser von Eisenbahnschäden an-  
geklagt. Die hier in Rede stehenden Attentate sind seinerzeit  
aufgehoben worden, dass auch nicht der geringste Theil der  
auf den alten Verband fiel. Wir nennen jeden, der den  
Verband mit Absicht eine Gesellschaft von Verbrecher nennt —  
es geschah in der „Rh.-Westf. Ztg.“ — einen Wahnsinnigen  
und ehrlosen Verländer! Unsere Geduld hat denn doch  
eine Ende. Fortgesetzt der größten Insammlungen bejubelt zu  
bringen auch unser Blut in Wallung. Wir verwahren uns  
gerade gegen eine solche niederrächtige Verläundung,  
das Kohlendoll gegen uns schändet. Wie die geradezu auf-  
Denunzierung der „Rh.-Westf. Ztg.“ auf unsere Kameraden  
wird, kann man sich denken; für alle Folgen machen wir uns  
verantwortlich, die in so frivoler Weise die Ehre ehrlicher  
Leute bejubeln.

Ich warum denn verzerrt man jetzt plötzlich unseren Verband als  
ort von Verbrechern? Man will Stimmung machen für  
Auflösung des Bergarbeiterverbandes durch den Rechte-  
Entwurf! Das ist des Pudels Kern. In voriger Nummer  
wir: Eritt die Rechte in Kraft, dann löst man binnen  
en Monaten die Bergmannsverbände auf! Die „leitende  
in der Industrie“ zeigt, wie der Wind weht.

Merabden, geht nicht auf Euer Vereinigungsrecht! Protestiert  
eide Bevormundung der Arbeiter!

Merabstant ist aber, dass wir von dem „leitenden Mann“ erfahren,  
die Bergleute ohne Ausstand jetzt schon, also nach der  
Rechts des christlichen Gewerbevereins, 10 p.C. Lohnzulage  
hätten! Und dann konstatiert der „leitende Mann“ einen  
Zwang des Gewerbevereins, der heute so verständig sei, sich  
in „Kathedersozialisten“ usw. in's sozialistische Fahrwasser leiten

zu lassen. fragen August Brust: Ist es wahr, sind den Gewerbevereins-  
en, wie der „leitende Mann“ schreibt, 10 p.C. Lohnzulage  
? Ist der Gewerbeverein umgeschwenkt, will er nicht mehr  
„Kathedersozialisten“ wissen? Wir hoffen auf Antwort.

Unsere Kameraden wissen jetzt, woran sie sind. Man fürchtet ihnen  
und sucht ihm die schlimmsten Verbrechen an die Rockhosen  
zu, um ihn der Behörde zur Auflösung zu empfehlen. Ist  
der Verband aufgelöst, dann kommt der „Gewerbeverein“ so sicher  
wie der Tag auf die Nacht folgt. Bergleute, seid einig  
zusammen! Die gemeinsamen Gegner rüsten sich, um Euch zu  
schlagen!

## Berggewerbegerichtliches.

der „Neuen Hamburger Zeitung“ finden wir einen  
den wir abdrucken und der Beachtung der Beisitzer  
Berggewerbegericht besonders empfehlen. Der Artikel

den in letzter Zeit zahlreicher gewordenen Streits wurde  
der Versuch gemacht, schon in den Verhandlungen, die dem  
des Streits vorangehen, eine gewerbegerichtliche Vermittlung  
zu bringen. In einem Spezialfalle, in dem das Bedenken geltend  
wurde, dass das Gewerbegericht, so lange ein Streit nicht vor-  
liegt, die Einschreiten nicht kompetent sei, wurde ein Gutachten von  
Experten der deutschen Gewerbegerichte, dem Berliner

Universitätsdozenten Dr. Faßtow, eingeholt. In dem Gutachten  
heißt es:

„Dass das Gewerbegericht kompetent ist, als Einigungsamt in  
einem Falle aufzutreten, in welchem eine Arbeitseinstellung noch gar  
nicht stattgefunden hat, kann nach dem klaren Wortlaut des § 61 des  
Gewerbegerichtsgesetzes nicht zweifelhaft sein. Denn dieser Paragraph  
stellt die Kompetenz des Gewerbegerichts als Einigungsamt fest nicht  
bloß bei Streitigkeiten über die Wiederaufnahme des Arbeitsverhältni-  
sches (d. h. nach ausgebrochenem Streit), sondern auch über die Fort-  
setzung des Arbeitsverhältnisses (d. h. bei noch nicht ausgebrochenem  
Streit). Dieser Auffassung entspricht auch die bisherige Thätigkeit  
der Gewerbegerichte, soweit mir diese bekannt geworden ist. Als  
beispielweise im April v. J. die deutschen Buchdrucker unter An-  
drohung des Streits Lohnforderungen stellten, gelang es zunächst durch  
gütliche Verhandlungen, unter der Hand den sofortigen Ausbruch des  
Streits zu verhindern und, während fortgearbeitet wurde, zu verhandeln.  
In diesen Verhandlungen wurde das Gewerbegericht Leipzig angerufen  
und hat als Einigungsamt fungirt. Der Vorsitzende des Gewerbe-  
gerichts, Stadtrath E. Böttner, hat in Nr. 2 der Monatschrift „Das  
Gewerbegericht“ einen Bericht erstattet und die Kompetenz in der ge-  
dachten Art nach § 61 des Gewerbegerichtsgesetzes begründet. Um  
dieselbe Zeit haben bei der Berliner Gewerbeausstellung die Meller  
zur Beseitigung von Missständen im Arbeitsnachweis sich an die  
Gewerbegericht gemeldet, und dieses hat sich um die Regelung des  
Arbeitsnachweises bemüht, weil sonst ein Streit zu befürchten war.  
Zu dem Bericht hierüber (in derselben Nummer des „Gewerbegerichts“)  
ist zwar diese Begründung und die Verurteilung auf den § 61 nicht ent-  
halten. Ich weiß aber mit Bestimmtheit, dass das Gewerbegericht  
damals seine Kompetenz auf den § 61 stützte. Es ist auch ganz klar,  
dass das Berliner Gewerbegericht gar keine andere Möglichkeit hatte,  
sich zu diesen Verhandlungen über den Arbeitsnachweis für kompetent  
zu erklären, wenn nicht dies ein Mittel sein sollte, um dem Streit  
zu verhindern, denn einen Arbeitsnachweis, an dem das Gewerbegericht  
beteiligt wäre, gibt es in Berlin nicht. — Daß dem andern gewerbe-  
gerichtliche Entscheidungen gegenüberstehen, ist mir nicht bekannt.  
Insbesondere ist es nicht richtig, dass neuerdings das Berggewerbe-  
gericht Dortmund sich in dieser Beziehung für unkompetent erklärt  
hat. Die diesbezügliche Verkündung des dortigen Vorsitzenden bekräftigt  
sich gar nicht mit dieser Frage, sondern lehnt das einigungsamtliche  
Eingreifen nur deswegen ab, weil in der Eingabe nicht bestimmte  
Arbeiter und bestimmte Arbeitgeber genannt waren. — Endlich wird  
auch in der Wissenshaft ganz allgemein angenommen, dass  
Einigungsämter nicht bloß die Aufgabe haben, Streits zu  
schlichten, sondern auch, sie zu verhüten. Ja, man nimmt an,  
dass die Streitverhütung sogar die wichtigste Aufgabe sei.  
Hierzu verschieden freilich ist die Frage, ob das Gewerbegericht  
verpflichtet ist, einzuschreiten. Eine solche Verpflichtung liegt nach § 62  
dem Gewerbegericht nur dann ob, wenn Anrufung von beiden Seiten  
erfolgt. Auf Anrufen eines Theiles ist das Gewerbegericht berechtigt,  
aber nicht verpflichtet, einzuschreiten. Nur ist es üblich, dass im Falle  
der Ablehnung der Vorschlag die Gründe angibt. Der Grund, dass  
er nicht kompetent sei, wäre in einem solchen Falle nicht stichhaltig.“

## Achtung Berggewerbegerichtsbefürther!

Kollegen! Die am Sonntag den 23. Mai bei Erkelenz-  
kämper-Böchum tagende Kommission der Arbeitervertreter am  
Berggewerbegericht Dortmund beschäftigte sich mit dem  
ablehnenden Bescheid des Herrn Taeglichbeck. Es wurde  
beschlossen, am

## 2. Pfingstag (7. Juni), Nachmittags 4 Uhr, bei Pielken-Böchum (Hernerstraße) die

### Versammlung der Beifahrer

samtlicher Sprachkammern abzuhalten. Die Gesamtversammlung soll entscheiden, über die nun zu unternehmenden  
Schritte. Indem die am 2. Okt. gewählte Kommission dieses  
den Kollegen im Ruhrgebiet bekannt gibt, erwartet sie von allen  
Arbeitervertretern, dass sie pünktlich bei Pielken erscheinen. Die  
Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mit kollegialem Gruß

Die Kommission.

## Verbandsnachrichten.

Wir ersuchen die nachbenannten Ortschaften und Zahlstellen  
ihre Abrechnung für April zu regeln. Für April haben noch  
nicht abgerechnet:

Altstadt, Altpaderborn, Ammen, Altendorf [Mühle], Baroy,  
Barendorf, Böchum, Bochold, Bommern, Brackel, Brechten,  
Calbe, Deuben, Dorstfeld, Eving, Eppen 2, Fulerum, Freisenbruch,  
Grohnhain, Gelsenkirchen, Haarzopf, Harpen, Hattingen, Hengen,  
Hössede, Heseler Holthausen bei Hattingen, Holzwickede, Homberg,  
Huckarde, Laer, Meiderich, Mühlheim, N.-Borsfeld, Sprockhövel,  
N.-Häggel, Düssel, Ostholz, Röthenbach, Schonnebeck, Schöttele,  
Stockum, Schwerte, Ume, Westfalen, Wattenscheid, Westensfeld,  
Westrich und Wintersdorf.

In dieser Weise kann unbedingt die Erledigung der Ge-  
schäfte nicht weiter gehen. Auf der Helmstedter Generalver-  
sammlung wurde dem Vorstand Saumfreiheit vorgeworfen,  
Sorgen die Vertrauensleute für prompte Erledigung der Ab-  
rechnung, damit wir nicht durch Hinausschieben der Schluss-  
rechnung unzurecht werden müssen. Auch die Mitglieder er-  
innern wir an ihre Pflicht, die Vertrauensleute zu veranlassen,  
ordnungsgemäß die Geschäfte zu regeln. Die Mitglieder müssen  
Aufklärung fordern von den Zahlstellenleitern, wie es kommt,  
dass ihre Abrechnungen noch nicht gemacht sind.

Da mit dem 10. Juni die Schlussrechnung für Mai statt-  
findet, so bitten wir gleichzeitig um pünktliche Einsendung der  
Gelder für Mai. Auf den Postabschriften ist genau anzugeben,  
für welchen Zweck die Gelder bestimmt sind.

## Aus der Vorstandssitzung vom 27. Mai.

Anwesend sind sämtliche Mitglieder des Vorstandes, des  
Controll- und Beratungsausschusses. Beschlussen wird:

1. Es soll mit dem nächsten Jahre den Mitgliedern des  
deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes ein Sterbegeld  
gewährt werden, welches sich in seiner Höhe abstutzt nach der  
Dauer der Mitgliedschaft. In der nächsten Vorstandssitzung soll  
den Vorstandmitgliedern eine genaue technische Begründung  
dieses Entwurfs vorlegt werden und wird dann die Ange-  
legeheit zur Diskussion in den Zahlstellen gestellt.

2. Den Zahlstellen wird empfohlen, aus eigenen Mitteln  
wenn eben thunlich eine Bibliothek anzulegen, die, bestehend  
aus sachgewerblichen und sozialpolitischen Werken, den Mitgliedern  
zur Belehrung dienen kann. Kameraden, welche im Besitz von  
Büchern sind, werden gebeten, dieselben ihren Zahlstellen zur  
Verfügung zu stellen.

3. Über die Verhandlungen des Helmstedter und des  
Dönnener Congresses 1897 wird der Vorstand eine Broschüre  
herausgeben, die möglichst billig zum Preise von 25—30 Pf.  
in einer entsprechenden Auflage hergestellt wird. Die Ver-  
trauensleute werden an dieser Stelle aufgefordert, sofort der  
Geschäftsleitung anzugeben, wieviel Broschüren sie notwendig  
brauchen, damit die Auflage derselben festgestellt werden kann.

Monats-Zahl macht, kann nicht darauf rechnen, Broschüren  
zu erhalten. Es wird gebeten, diese Aufforderung genau zu  
beachten.

4. Friedrich Thiemann-Böchum wird auf seinen Wunsch  
seines Postens als Verbandsbeamter entbunden. Es sind also  
keine Ortschefschaften usw. mehr an Thiemann zu senden. Alle  
den Verband, die Redaktion und die Geschäftsführung betreffenden  
Briefe, Karten usw. sind nur zu senden an die Adresse: Ver-  
bandsbüro der Bergleute, Böchum, Voßmühlerstr. 22. Wer dies nicht beachtet, kann nicht auf Verständigung seines  
Anliegens rechnen.

Die weiteren Verhandlungen waren nicht von össentlichem  
Interesse.

Mit kameradschaftlichem Glückauf

Der Vorstand.

J. A. Heinrich Möller.

## Achtung Kameraden!

Ich ersuche dringend die Vertrauensleute, welche von mir  
Karten für den Helmstedter Kongress erhalten haben, mit mir  
abzurechnen. Es ist schon vor einiger Zeit diese Aufforderung  
erangen; jedoch haben nur wenige derselben entsprochen. Sollte  
diese Aufforderung nicht den gewünschten Erfolg haben, dann bin  
ich geneigt, die Empfänger der Karten, deren Abrechnung noch  
nicht mit mir vor sich gegangen ist, im Verbandsorgan zu ver-  
öffentlichen.

Auch um Abrechnung der zum Londoner Kongress ver-  
sendeten Karten bitte ich. So schnell es eben geht muss die  
Sache geordnet werden. Bis zum 1. Juli erwarte ich von  
allen Kameraden ein Nachkommen ihrer Verpflichtung. Die nicht  
verlaufenen Karten sind wieder an meine Adresse zu senden.

Josef Brangenberg.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Aus dem Oberbergamtbezirk Dortmund.

Böchum. Die Zahlstelle Böchum 1, welche lange brach lag, ist  
am Sonntag den 30. Mai wieder zum neuen Leben erwacht. Es  
hatten sich im Vorale des Herrn Mansfeld eine Anzahl Kameraden  
eingefunden, denen es gelang, wieder die genügende Anzahl von Mit-  
gliedern für eine Zahlstelle sofort einzutragen. Das Vorale der  
Zahlstelle ist bei Herrn Mansfeld, Dorstenerstraße. An unsere  
Böchumer Kameraden richten wir die Aufforderung, jetzt thatkräftig  
für die Eröffnung der Zahlstelle einzutreten. Die Kameraden, welche  
als Einzelmitglieder auf dem Verbandsbüro ihre Beiträge zahlten  
und ihre Zeitung hielten, müssen sich jetzt alle, soweit sie im Bezirk  
der Zahlstelle Böchum 1 wohnen, darüber aufzeichnen, damit wir alle  
Kräfte zusammenfassen. Zum jeder seine Pflicht, arbeitet jeder kräftig  
in Hütte, Grube und Kaufmännischen für den Verband, dann werden  
wir in Böchum auch bald wie in Dortmund gute Fortschritte machen.  
Dazu Glück-Auf! — Unsere Versammlungen finden statt jeden letzten  
Sonntag im Monat, Morgens 11 Uhr.

— Auf „Zechen Marolinengäu“ herrscht ein starker Wind.  
Am 28. Mai wurden laut Auftrag 13 Mann mit je 2 Mark bestraft  
wege „willkürlicher Detens“. Wenn irgendein Altimbit veranstaltet  
wird, zu dem die Bergleute als Staffage nötig sind, dann befreit  
man den Leuten einfach das Deten; ob sie wollen oder nicht, die  
Schiere geht ihnen läuft. Sobald aber der Arbeiter einmal nach-  
erlaubt, nach seinem Ermeessen zu feiern, dann wird er bestraft. Und  
das alles unter der Herrschaft des „freien Arbeitsvertrages“. Dieser  
„freie Vertrag“ hat nur Freiheiten für die Unternehmer.

Für die Schiefermeister hat das ja. Oberbergamt  
zu Dortmund folgende Dienstaufforderung erlassen: „Vor dem Anzünden  
eines Schusses hat sich der Schiefermeister davon zu überzeugen, dass  
die Sprengladung mit einem regelmässigen Feuer versehen ist. Das  
Feuer nicht besetzter Schüsse, sowie das Wegfall von Spreng-  
patronen, die nicht in einem Bohrloch eingeschlossen sind, ist verboten.“  
Ferner: „Zum Anzünden der Sprengladungen dürfen nur diejenigen  
Mittel angewandt werden, welche von dem Betriebsführer oder dem  
Abstellungssteiger ausdrücklich dazu bestimmt werden sind. Das An-  
zünden von Zündzündern, Zünddrämmen oder sonstigen brennbaren  
Stoffen an der Sicherheitslampe ist verboten.“

Harpfen. Trotz der kurz vorher abgehaltenen Knappenvereins-  
Versammlung war die am verlassenen Sonntag im Saale der Bwe-  
Stang hier stattgefunden öffentliche Bergarbeiter ziemlich gut besucht.  
Kamerad Weiß referierte in einstudigtem Vortrage über: „Warum  
organisieren wir uns?“ Er wies an mehrfachen Beispielen nach, wie  
notwendig es für die Bergarbeiter sei, sich den Verbänden anzuhören,  
leider verharre noch ein sehr großer Theil der Kameraden  
in dumpfer Geduldsgütigkeit. Man sollte deshalb es nicht unterlassen,  
diejenigen aufzurütteln und der Organisation zuzufliehen. Er schilderte  
jerner die Entstehung des alten Verbandes und betonte, dass derzeit  
noch jahrelanger Verfolgungen heute noch glänzender wie vielleicht  
früher dastände. Redner schilderte die jüngsten Vorgänge im dritten  
Gewerbeverein besonders die abschlägige Antwort auf die von dem-  
selben eingereichte Forderung und kritisierte die Schreibweise des  
„Bergknappen“ in scharfen Worten. Mit der Aufforderung sich in  
Verbänden zusammenzuschließen, schloss Redner seinen beispielhaft auf-  
genommenen Vortrag. Es gelangte hierauf, nachdem noch eine  
kleine Diskussion eingetreten war, nachstehende Resolution zur ein-  
stimmigen Annahme:

„Die heutige Versammlung der Bergarbeiter ist mit den Aus-  
führungen des Referenten in allen Punkten einverstanden; zugleich  
hält es die Versammlung für ihre Pflicht, überall für die Organi-  
sation der Bergleute einzutreten.“

Unter Berücksichtigung freiste Kamerad H. in kurzen Worten die  
Thätigkeit des Berggewerbegerichts und theist mit, dass trotz der ab-  
schlägig ertheilten Antwort nochmals eine Eingabe gemacht werden  
solte. Kamerad Weiß verharrte sich hierauf des längeren über das  
neue preußische Vereinigungs- und hob die schwerwiegenden Folgen  
dieser Forderung hervor. Eine Revolution, nachstehenden Inhalts,  
wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung

